

Positionspapier

Fraktion Die Linke im Bundestag

Beschluss vom 9. Juni 2026



Dialog statt Repression – Fanrechte schützen!

10 Punkte für Deeskalation, Dialog und Mitbestimmung

1. Datei „Gewalttäter Sport“ grundlegend reformieren
2. Schluss mit Kollektivstrafen und präventiven Stadionverboten
3. Keine KI-Gesichtserkennung – kein personalisiertes Ticketing
4. Fans als gleichberechtigte Partner bei Spielen mit besonderen Sicherheitsanforderungen
5. Polizeigewalt konsequent aufarbeiten
6. Zeugnisverweigerungsrecht für Fanprojekt-Sozialarbeiter:innen
7. Fanprojekte stärken – Bundesmittel aufstocken
8. Fankultur als Kulturerbe sichern
9. Pyrotechnik regulieren statt verbieten
10. Meinungsfreiheit im Stadion verteidigen – DFB-Strafkatalog zurückweisen

Ausgangslage

Die offiziellen Zahlen sprechen eine eindeutige Sprache. In der Saison 2024/25 gab es bei Fußballspielen in **Deutschland 17,2 Prozent weniger Verletzte, 22 Prozent weniger eingeleitete Strafverfahren und 11 Prozent weniger Polizeiarbeitsstunden** als im Vorjahr – bei über 26 Millionen Stadionbesucher:innen. Das sind die Zahlen der Zentralen Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS), der offiziellen Polizeistatistik zum Fußball.¹ Auf der Innenministerkonferenz (IMK) vom 17. bis 19. Juni in Hamburg sollen nun erneut Verschärfungen zu Lasten der Fanszene beschlossen werden – **obwohl sich die Lage in deutschen Stadien objektiv verbessert hat**. Dass der Dialog zwischen Politik, Verband und Fans bisher scheitert, wurde beim DFB-Pokalfinale im Mai 2026 sichtbar: Über 50.000 Fans aus München und Stuttgart protestierten koordiniert gegen

¹ ZIS-Jahresbericht Saison 2024/2025, Landeszentrum der Polizei NRW (LZPD): https://lzpdp.polizei.nrw/sites/default/files/2025-10/251009-1_ZIS-Jahresbericht_2024-2025_2.pdf

unverhältnismäßige Sanktionen, explodierende Ticketpreise und die repressive Innenpolitik. Ein eindringliches Signal, dass Repression nicht funktioniert, sondern dass es Mitbestimmung und eine sachliche und faktenbasierte Debatte braucht.

Die Bundesregierung interessiert das wenig. Bundeskanzler Merz verlangte bei der DFL-Generalversammlung im September 2025, „das, was von den Fans kommt, einigermaßen unter Kontrolle zu halten“.² Die Innenminister:innen der Länder forderten bei der IMK im Dezember 2025 harte Maßnahmen wie personalisierte Tickets, Gesichtsscanner und präventive Stadionverbote – Maßnahmen, die das Ende der Fankultur in ihrer heutigen Form bedeutet hätten. Die Bund-Länder-offene Arbeitsgruppe (BLoAG), die neue Sicherheitsmaßnahmen erarbeiten sollte, arbeitete intransparent und ohne Beteiligung von Fans. Auf den offenen Brief der Fan-Dachverbände aus dem November 2025 reagierte von 16 Innenminister:innen lediglich einer. Auf diese Missstände gaben rund **20.000 Fußballfans aus ganz Deutschland** am 16. November 2025 mit einer bundesweiten Demonstration in Leipzig unter dem Motto „Fußball ist sicher“ eine klare Antwort: Wir lassen uns nicht pauschal kriminalisieren. Und sie haben Recht. Denn die verfassungswidrige Datei „Gewalttäter Sport“ des Bundeskriminalamts listet tausende Namen, doch fast jeder fünfte Eintrag betrifft eine Person, **die gar keine Gewalttat begangen hat**. Die Speicherung erfolgt aufgrund der polizeilichen Zuordnung zu einer kriminalisierten Fanszene – ohne Strafverfahren oder eine Verurteilung, ohne Information an die Betroffenen, ohne gesetzlich klar geregelte Löschrufen. Die szenübergreifende Demonstration in Leipzig hatte Erfolg: Personalisierte Tickets und Gesichtsscanner verschwanden noch vor Beginn der IMK von der Tagesordnung.

Darüber hinaus leistet die aktive Fankultur Beträchtliches für die Gesellschaft. Ultragruppen sammelten 20.000 Euro für die Flutopfer im Ahrtal (Borussia Mönchengladbach, 2022), mobilisierten zu Stammzellenregistrierungen (VfB Stuttgart, 2025, Werder Bremen 2026) und machten fankurvenübergreifend auf chronisch an ME/CFS erkrankte Fans aufmerksam, die ihre Stadionbesuche aufgeben mussten (Kampagne „Empty Stands“, 2025). Fankurven sind **soziale Orte** – mit eigenen Vereinen, Fanzines, karitativen Projekten und einem hohen Grad an demokratischer Selbstorganisation. Die 50+1-Regel und das Vereinsprinzip machen deutschen Fußball weltweit zum Vorbild für Fan-Mitbestimmung. Die DFL bewirbt dieses Bild im Ausland. In der innenpolitischen Debatte kommt davon nichts an.

Dieser 10-Punkte-Plan steht für einen **Paradigmenwechsel**: Fankultur ist in der deutschen Bundespolitik bislang fast ausschließlich als Sicherheitsproblem diskutiert worden. Wir sehen das anders. Aktive Fanszenen sind soziale Akteure, die innerhalb des Fußballs und weit darüber hinaus eine positive gesellschaftliche Wirkung entfalten. Genau dieses Potential wollen wir fördern, nicht mit Repression ersticken. Den geplanten Verschärfungen der IMK setzen wir entgegen: **Deeskalation statt Generalverdacht, Dialog auf Augenhöhe** statt überwältigender Polizeipräsenz, **Mitbestimmung statt Ausgrenzung**.

² Friedrich Merz bei der DFL-Generalversammlung, September 2025. Rede des Bundeskanzlers: <https://www.bundesregierung.de/breg-de/service/newsletter-und-abos/bulletin/rede-von-bundeskanzler-friedrich-merz-2383038>

1. Datei „Gewalttäter Sport“ grundlegend reformieren

Die Datei „Gewalttäter Sport“ ist in ihrer jetzigen Form nicht nur rechtsstaatlich nicht haltbar, sondern auch verfassungswidrig. Das Bundesverfassungsgericht hat mit dem Urteil vom 1. Oktober 2024 klargestellt, dass eine vorsorgliche Speicherung personenbezogener Daten einer gesetzlich bestimmten Speicherschwelle und einer angemessenen Speicherdauer bedarf, die sich an der Stärke der zugrundeliegenden Prognose und dem Eingriffsgewicht orientiert. Eine Prognose verliert dabei ohne Hinzutreten neuer Umstände grundsätzlich an Überzeugungskraft, je länger die Speicherung andauert. Die Bundesregierung ist damit nicht nur politisch, sondern verfassungsrechtlich zum Handeln verpflichtet. Die neuen Regelungen zur Speicherung in polizeilichen Dateien formulieren lediglich Überprüfungsfristen, aber keine klaren Löschrufen. In der Praxis sieht die Realität der Datei noch gravierender aus: Die Datei erfasst längst nicht nur Gewalttäter. Wer einmal in den Fokus der Polizei gerät – auch ohne Verurteilung oder Straf- und Ermittlungsverfahren, manchmal allein durch Anwesenheit zur falschen Zeit am falschen Ort – landet darin. Betroffene erfahren häufig nicht einmal, dass ihr Name gespeichert ist. Wann sie wieder gelöscht werden, hängt von Ermessensentscheidungen der Behörden ab. Das verletzt die Unschuldsvermutung und widerspricht dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz – wie das Bundesverfassungsgericht verbindlich festgestellt hat.

Wir fordern:

- Aufnahme in die Datei nur noch nach rechtskräftiger Verurteilung wegen einer Gewalttat
- Automatische Löschung nach Ablauf eines Zeitraums, der sich am jeweiligen Strafmaß orientiert
- Transparenz durch Informationspflicht bei Aufnahme, Statusänderungen und Löschung

2. Schluss mit Kollektivstrafen und präventiven Stadionverboten

„Keine Strafe ohne Schuld“ – dieser Rechtsgrundsatz gilt im Strafrecht als unverrückbarer Maßstab. Im deutschen Fußball wird er regelmäßig ignoriert: Ganze Blöcke werden gesperrt, weil einzelne Personen darin aufgefallen sind. Auswärtsfahrten werden kollektiv verboten, ohne dass es dafür eine polizeiliche Anordnung oder gerichtliche Entscheidung gibt. Präventive Stadionverbote treffen Menschen, gegen die kein Strafverfahren läuft. Das ist keine Prävention – das ist Bestrafung jenseits rechtsstaatlicher Standards und Verfahren.

Wir fordern:

- Bundesweite Stadionverbote werden gemeinsam von Bund, DFB und DFL auf ihre Wirksamkeit evaluiert – einschließlich möglicher Verdrängungseffekte in das räumliche Umfeld der Stadien
- Überprüfung aller relevanten Gesetze und Vorschriften mit dem Ziel, Kollektivstrafen konsequent zu beseitigen

3. Keine KI-Gesichtserkennung – kein personalisiertes Ticketing

Stadien werden zunehmend zu Testlaboren für Überwachungstechnologie. KI-gestützte Verhaltenserkennung, biometrische Gesichtserkennung, personalisiertes Ticketing mit Identifikationspflicht – was dort erprobt wird, landet morgen auf öffentlichen Plätzen, in Bahnhöfen und Einkaufszentren. Die Bundesregierung arbeitet zurzeit daran, das Sicherheitspaket 2.0 auf den Weg zu bringen, um polizeiliche Ermittlungsbefugnisse dahingehend massiv auszubauen. Im Stadion erfasste Daten könnten dann auch mit allen erdenklichen Polizeidaten KI-gestützt analysiert werden. Das führt zu uferloser Überwachung. Wer ins Stadion geht, darf nicht automatisch unter Generalverdacht stehen. Das Recht auf anonymen Aufenthalt im öffentlichen Raum gilt auch auf der Tribüne.

Wir fordern:

- Gesetzliches Verbot des Einsatzes von KI-gestützter Verhaltenserkennung und biometrischer Gesichtserkennung, insbesondere im Umfeld oder im Zusammenhang mit öffentlichen Veranstaltungen unter freiem Himmel
- Stopp des Sicherheitspakets 2.0 der Bundesregierung
- Ende der staatlichen Förderung von Sportveranstaltungen, die personalisiertes Ticketing oder digitale Identifikationspflichten einführen oder voraussetzen

4. Fans als gleichberechtigte Partner bei Spielen mit besonderen Anforderungen

Wenn Sicherheitsbehörden ein Spiel als besonders herausfordernd einstufen („Hochrisikospiele“), hat das unmittelbare Konsequenzen für Vereine, Fans und das gesamte Spieltags-Erlebnis: massive Polizeipräsenz, eingeschränkte An- und Abreisewege, sowie verstärkte Sicherheitskontrollen im Stadion. Derzeit entscheiden die Behörden darüber, ohne die betroffenen Vereine und Fans angemessen einzubeziehen.

Nachdem beim Spiel Hertha BSC gegen Schalke 04 im Januar 2026 52 Menschen verletzt wurden, hatte Hertha BSC selbst beklagt, dass polizeiliche Einsatzkonzepte von Fans zunehmend als konfrontativ wahrgenommen werden. Das zeigt: echte Lösungen entstehen nicht hinter verschlossenen Türen zwischen Behörden und Verbänden. Statt einseitiger Vorgaben entstehen bessere Konzepte, wenn alle Beteiligten auf Augenhöhe gemeinsam Lösungen entwickeln – Behörden, Verbände und die Fangemeinschaft.

Wir fordern:

- Einsatzkonzepte bei großen Spielen werden gemeinsam von Behörden, Vereinen und Fanprojekten entwickelt, nicht einseitig von Behörden vorgegeben
- Betroffene Vereine und Fanclubs müssen vor Festlegung polizeilicher Maßnahmen angehört werden („Anhörungsrecht“), nicht erst danach
- Bundeseinheitliche Regelung der Beteiligungspflicht, da Auswärtsfans regelmäßig in mehreren Bundesländern betroffen sind

5. Polizeigewalt konsequent aufarbeiten

Polizeigewalt bei Fußballspielen ist kein Randphänomen. Der Dachverband der Fanhilfen dokumentiert eine besorgniserregende Entwicklung: Während in den Spielzeiten 2023/24 und 2024/25 jeweils 24 Fälle unverhältnismäßiger Polizeieinsätze verzeichnet wurden, stieg diese Zahl in der Saison 2025/26 auf ein Rekordhoch von 33 dokumentierten Ereignissen an.³ Gleichzeitig schreiben Pressemitteilungen der Polizei die Schuld regelmäßig einseitig den Fans zu. Falschaussagen von Beamt:innen vor Gericht, die dazu dienen, Kolleg:innen vor Strafverfolgung zu schützen, bleiben weitgehend folgenlos. Das untergräbt das Vertrauen in den Rechtsstaat.

Wir fordern:

- Einfügung eines Absatzes in § 258a StGB: Falschaussagen von Polizeibeamt:innen, die darauf abzielen, die Bestrafung von Kolleg:innen für begangene Gewaltstraftaten zu vereiteln, werden als besonders schwerer Fall eingestuft und mit einer Mindestfreiheitsstrafe von einem Jahr belegt
- Strukturen für eine unabhängige Aufarbeitung von Polizeigewalt bei Sportveranstaltungen
- Unabhängige Beschwerdestellen (Polizeibeauftragte) in allen Bundesländern mit eigenen Ermittlungsbefugnissen und ausreichender personeller Ausstattung

6. Zeugnisverweigerungsrecht für Fanprojekt-Sozialarbeiter:innen

Wer sich an das Fanprojekt seines Vereins wendet – mit persönlichen Problemen, nach einem Stadionverbot, in einer Krise – muss sich darauf verlassen können, dass das vertraulich bleibt. Heute ist das nicht garantiert: Sozialarbeiter:innen in Fanprojekten können von Behörden zur Aussage über ihre Klient:innen gezwungen werden. Das unterhöhlt das Vertrauen in die Arbeit der Projekte und macht ihre wichtige präventive Arbeit weitgehend unmöglich.

Wir fordern:

- Gesetzliche Einführung eines Zeugnisverweigerungsrechts für Mitarbeiter:innen von sozialarbeiterischen Fanprojekten hinsichtlich der ihnen in dieser Funktion anvertrauten personenbezogenen Informationen

³ Saisonbericht des Dachverbands der Fanhilfen e.V. 2024/25: https://www.dachverband-fanhilfen.de/wp-content/uploads/Saisonbericht_Fanhilfen_24_25-final_fix.pdf

7. Fanprojekte stärken – Bundesmittel aufstocken

Sozialarbeiterische Fanprojekte sind eine der wirksamsten Präventionsmaßnahmen im organisierten Sport. Sie schaffen Vertrauen zwischen Fans, Vereinen und Behörden, begleiten junge Menschen und deeskalieren Situationen, die sonst kippen würden. Gleichzeitig sind sie chronisch unterfinanziert – im Frauenfußball, Handball, Eishockey und Basketball sind sie kaum vorhanden.

Die Koordinationsstelle Fanprojekte (KOS), die als zentrale Fach- und Koordinierungsstelle der bundesweit 71 Fanprojekte fungiert, erhält jährlich lediglich 325.000 Euro aus Bundesmitteln – und das seit 2013 ohne jede Ressourcensteigerung, obwohl die Zahl der betreuten Fanprojekte seitdem deutlich gewachsen ist. Bereits zwei Koalitionsverträge in Folge enthielten das Versprechen, die KOS besser auszustatten. Passiert ist wenig.

Wir fordern:

- Die Bundesförderung der KOS erhöhen und in eine gesetzlich verankerte Regelfinanzierung überführen – weg von der bisherigen Jahres- bzw. Dreijahreszyklus-Förderung
- Einen bundesfinanzierten Projektfonds zur Schließung bestehender Bedarfslücken bei Fanprojekten im Männerfußball schaffen
- Bedarfsprüfung und schrittweise Einrichtung sozialarbeiterischer Fanprojekte im Frauenfußball sowie in Handball, Eishockey und Basketball

8. Fankultur als Kulturerbe sichern

Fußball- und Fankultur haben eine große kulturelle und gesellschaftliche Bedeutung. Um diese zu bewahren und erforschen zu können, braucht es strukturelle Maßnahmen, die über bloße Projektförderung hinausgehen. Wir fordern die Einrichtung eines bundesweiten Archivs der Fankultur, das historische Dokumente, Fankulturartefakte und zeitgenössische Zeugnisse sammelt und der Öffentlichkeit zugänglich und deren historische sowie zeitgeschichtliche Bedeutung deutlich macht. Dieses Archiv dokumentiert nicht nur Geschichte – es würdigt die kulturelle und gesellschaftliche Rolle, die Fans und ihre Bewegungen in unserem Land spielen. Die Finanzierung muss dauerhaft gesichert sein, Fanorganisationen müssen bei Kuratation und Leitung gleichberechtigt vertreten sein.

Wir fordern:

- Aufbau eines bundesweiten Archivs der Fankultur mit öffentlicher Zugänglichkeit
- Dauerhafte Finanzierung durch den Bund zur Sicherung von Kontinuität und Professionalität
- Fanorganisationen sind bei Kuratation und Verwaltung gleichberechtigt vertreten

9. Pyrotechnik regulieren statt verbieten

Pyrotechnik ist eines der umstrittensten Themen im deutschen Fußball und der eindrucksvollste Beweis dafür, dass repressive Maßnahmen allein nicht funktionieren. Trotz Verboten und immer höheren Geldbußen für Vereine ist der Gebrauch von Pyrotechnik in den Kurven nicht zurückgegangen. Im Gegenteil: Die Kategorie Missbrauch von Pyrotechnik hat in der Saison 2024/25 eine Steigerung um 73 Prozent festgestellt. Unkontrollierter Einsatz von Pyrotechnik birgt echte Risiken – für Fans, für Einsatzkräfte, für unbeteiligte Zuschauer:innen. Diese Risiken lassen sich jedoch nicht wegverbieten. Sie lassen sich jedoch minimieren, wenn Verbände und Sicherheitsbehörden endlich bereit sind, mit Fanszenen auf Augenhöhe zu reden.

Länder wie Norwegen zeigen, dass ein anderer Weg möglich ist: kontrollierte, geregelte Pyrotechnik in definierten Bereichen, entwickelt im Dialog mit Fanszenen, Vereinen und Sicherheitsbehörden. Diese Modellprojekte verdienen eine ernsthafte Auswertung – nicht als Freifahrtschein, sondern als Grundlage für eine faktenbasierte Debatte.

Wir fordern:

- Einrichtung einer Expert:innenkommission unter Beteiligung von Fanorganisationen, DFB, DFL, Innenministerien und Sicherheitsbehörden, deren Aufgabe es ist, Modelle für einen geregelten und sicheren Pyrotechnikeinsatz zu entwickeln – unter Berücksichtigung internationaler Erfahrungswerte
- Erarbeitung von Vorschlägen für Pilotprojekte zur legalen, geregelten Nutzung von Pyrotechnik in Fußballstadien auf Grundlage der Arbeit der Kommission
- Solange kein geregeltes Modell existiert: konsequente Täterorientierung statt Kollektivstrafen – hohe Vereinsstrafen treffen die friedliche Mehrheit, ohne die gewaltbereite Minderheit zu erreichen

10. Meinungsfreiheit im Stadion verteidigen – DFB-Strafkatalog zurückweisen

Der DFB weitet seinen Strafkatalog für „Beleidigungen“ erheblich aus, ohne klare Definition dessen, was strafbar ist. Ist Kritik an Funktionären beispielsweise jetzt strafbar? Der neue Sanktionsrahmen schafft Rechtsunsicherheit und wirkt als Einschüchterungsinstrument.

Die Meinungsfreiheit ist in Artikel 5 des Grundgesetzes garantiert. Sie endet dort, wo strafrechtliche Grenzen erreicht sind – nicht dort, wo es Verbandsfunktionären politisch ungemütlich wird. Kritik an Verantwortlichen, Verbandsentscheidungen oder Ticketpreisen ist Ausdruck demokratischer Öffentlichkeit, keine strafwürdige Handlung.

Wir fordern:

- Rücknahme der DFB-Sanktionsverschärfungen
- Veröffentlichung klarer, verständlicher Richtlinien, was im Stadion erlaubt ist und was nicht
- Beteiligung von Fanorganisationen bei der Entwicklung und Überprüfung des Sanktionskatalogs

Ausblick: Fanrechte sind Grundrechte

Was in Stadien passiert, bleibt nicht im Stadion. Überwachungssysteme, die heute bei Fußballspielen getestet werden, landen morgen in der U-Bahn, auf Demonstrationen, Volksfesten und in Shopping-Malls. Wer Fanrechte schützt, schützt Grundrechte – für alle. Der Widerstand gegen anlasslose Massenüberwachung beginnt auf der Tribüne.

Der in diesem Positionspapier geforderte **Paradigmenwechsel** ist nicht nur eine Forderung an die Politik – er ist eine notwendige Voraussetzung für den Schutz von Grundrechten insgesamt. Solange Fankultur primär als Sicherheitsproblem wahrgenommen wird, werden repressive Maßnahmen gerechtfertigt, die dann auch außerhalb des Fußballs als Standard gesetzt werden. Ein Perspektivwechsel, der Fankultur als sozialen Akteur und gesellschaftliche Kraft anerkennt und würdigt, würde nicht nur Fans schützen, sondern auch zeigen, dass Sicherheit und Freiheit kein Widerspruch sein müssen.

Doch klar ist auch, diese 10 Punkte sind nur der Anfang. Es gibt noch viel zu tun. Wir brauchen Stadien, die für Menschen mit Beeinträchtigungen tatsächlich barrierefrei sind. Wir brauchen Maßnahmen, die den Zugang von Frauen und unterrepräsentierten Gruppen zu Vereinsgremien fördern. Und wir brauchen ein klares Bekenntnis zu bezahlbaren Ticketpreisen, damit niemand vom sozialen Miteinander in den Stadien ausgeschlossen wird. **Fußball ist Teil dieser Gesellschaft. Fankultur ist ein Gewinn für diese Gesellschaft. Es ist an der Zeit, sie politisch als solchen zu behandeln.**